

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 2

Artikel: Menetekel Polen
Autor: Künzli, Arnold
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095377>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Arnold Künzli

Menetekel Polen

Aus «National-Zeitung», Basel

C. B. In einem Grundsatzartikel über Polen (ZB, Nr. 26/1970) hatten wir aus der Entstehung und Unterdrückung der dortigen Arbeiterunruhen die Forderung erhoben, es seien nicht so sehr einzelne Massnahmen oder einzelne Machtkreise zu kritisieren als vielmehr das politische System und die gesellschaftliche Ordnung; parallel zu den Folgerungen, die man bei auch nur halbwegs analogen Zuständen im nichtdemokratischen «Westen» in aller Selbstverständlichkeit zieht. Dem Einwand, dass die Güte des Sozialismus nicht an dem gemessen werden dürfe, was in Ländern wie Polen praktiziert werde, würden wir erst dann beipflichten, sagten wir, wenn die Befürworter jenes «Sozialismus» aufhörten, die kommunistisch regierten Länder von heute sozialistisch zu nennen, um eindeutig kundzutun, was ihr Ideal nicht sei.

Nun gibt es marxistische Stimmen, welche sich zu den Fragen solcher gedanklicher Konsequenz geäussert haben; wir drucken heute eine Stellungnahme des Publizisten und Philosophen Arnold Künzli ab, dem man ein Leisetreten in Richtung auf die sowjetisch kontrollierten Länder im

Unterschied zu etlichen massgeblichen bürgerlichen Kommentatoren sicher nicht vorwerfen kann.

Ueber den Wert oder Unwert der bürgerlich-demokratischen kapitalistischen Alternative wird sich meiner Meinung nach dann diskutieren lassen, wenn der Sozialismus irgendwo seine eigenen Versprechungen zu verwirklichen sucht. Denn in dieser unserer Welt und dieser unserer Zeit ist es eine anzuerkennende sozialistische Alternative, die fehlt. Wie es sich trifft, ist zum Beispiel die demokratisch kapitalistische Ordnung die einzige, welche «die Freiheit der Anderdenkenden» überhaupt zulässt. Der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus mag philosophisch nicht identisch sein mit dem Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur, aber pragmatisch ist er es, und das sollte wohl das Kriterium des politischen Verhaltens sein, solange es bei der Politik um diesseitige Dinge geht. Das wären meine persönlichen (und revidierbaren) Vorbehalte zur Grundsatzfrage der Alternative. Davon abgesehen aber glaube ich, dass der nachfolgende Text das enthält, was zum Thema konkret zu sagen ist:

In New York demonstrierten Bauarbeiter für den unseligen Vietnamkrieg des führenden kapitalistischen Regimes der Welt. In Polen demonstrierten Werftarbeiter gegen die Politik einer sich sozialistisch nennenden Regierung, die gegen die Werkstätigen Tanks auffahren und in sie hineinschiessen liess. Das alles reimt sich schlecht auf Karl Marx. Dass die New-Yorker Arbeiter von einem falschen Bewusstsein beseelt sind, ist evident, aber in Polen ist das falsche Bewusstsein zur Staats- und Parteiraison des «Sozialismus» geworden. Die Arbeiter haben, wie schon 1956, auf beinahe revolutionäre Weise den Rücktritt des Chefs der «Arbeiterpartei» erzwungen. Sein Nachfolger musste zugeben, dass die Partei der Werkstätigen den Kontakt mit den Werkstätigen verloren habe.

Das ist freilich eine sehr schonungsvolle Umschreibung des Tatbestandes. In Tat und Wahrheit üben Staat und Partei über das entmündigte Volk eine weitgehend unkontrollierte Herrschaft aus, deren Rücksichtslosigkeit an frühkapitalistische — oder vielleicht besser: an feudalistische — Zeiten erinnert. Nur eine Bürokratie, die sich um das Volk foutiert, kann in einem Lande von so äusserst dürtigem Lebensniveau und mit so minimalen Durchschnittslöhnen unmittelbar vor Weihnachten die Preise um rund 20 Prozent erhöhen.

Im bürgerlich-demokratischen kapitalistischen Westen — der damit keineswegs als anzustrebende Alternative hingestellt werden soll — würde keine Regierung es wagen, das Volk auf ähnliche Weise zu brüskieren. Zum Teil aus Selbsterhaltungstrieb, da die Arbeiterschaft hier über institutionalisierte, verfassungsmässig garantierte politische und gewerkschaftliche Machtinstrumente verfügt, die der Arbeiterschaft im Sowjetbereich verweigert werden. Zum Teil auch, weil die parlamentarische Demokratie, so unvollkommen sie ist und so sehr ihre Institutionen zum Teil veraltet und ihrer ursprünglichen Funktion entfremdet sind, eine Regierung doch zwingt, auch die Interessen der sogenannten breiten Massen zu berücksichtigen.

Man kann mit Marcuse sagen, das alles diene nur einer Stabilisierung des kapitalistischen Systems. Aber abgesehen davon, dass — selbst nach Ansicht einiger progressiver marxistischer Theoretiker — zumindest in den europäischen Demokratien der Arbeiter heute wohl weniger entfremdet ist als im sowjetischen Osten, ist die wesentliche Frage, welches System grössere Möglichkeiten radikaler Reformen bietet. Im Westen ist den «Marcuses» dank den — wenn auch lädierten — bürgerlichen Freiheiten eine Chance gewahrt, in ihrem Sinne auf Massenbasis bewusstseinsbildend zu wirken. Im sowjetischen

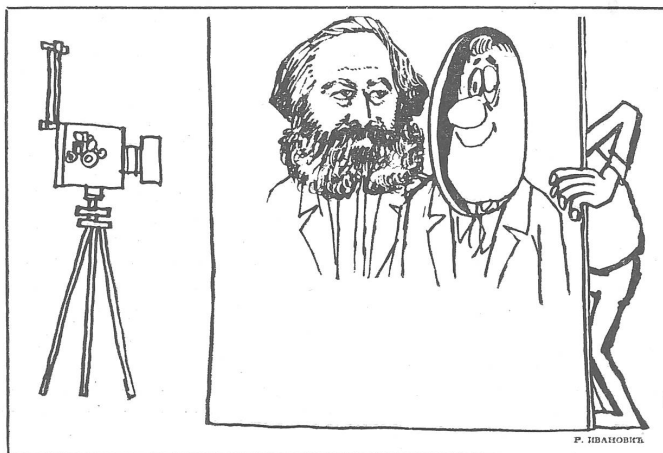
Osten werden die dortigen «Marcuses» nach Sibirien deportiert oder zumindest kaltgestellt, ihre Bücher dürfen nicht erscheinen, und gegen ihre Anhänger fährt man Panzer auf. Während im Westen — allein die Studentenrebellion beweist es — immerhin einiges in Bewegung geraten ist, zeigt der Osten das Bild einer depriemierenden Erstarrung, und es wiederholt sich da und dort immer wieder, was mit dem Aufstand von Kronstadt begonnen hatte und sich über den Ostberliner, den Posener, den Budapester, den Prager bis zum Danziger Aufstand fortsetzte. Ganz zu schweigen vom Wiederanfachen des Antisemitismus, der ein «sozialistisches» Gericht in Leningrad nicht zufällig als Spiegelbild eines faschistischen in Burgos erscheinen liess.

Gibt es noch Chancen für eine Auflockerung des bürokratisch-etatistisch erstarrten Ostens, Chancen für radikale Reformen in Richtung auf einen demokratischen Sozialismus? Anhänger einer Neuen Linken vertrauen auf die Marxsche Geschichtstheorie: Sie hat trotz allem der Sozialismus im Osten schon begonnen — sie sprechen von einem «Präsozialismus» —, und seine heutigen Entartungserscheinungen werden als mehr oder weniger notwendige Entwicklungsstufen interpretiert, deren Ueberwindung ebenfalls mit dialektischer Notwendigkeit erfol-

(Fortsetzung auf Seite 8)

Links: Marxistische Beglaubigung in einer Karikatur von «Jesch», Belgrad. Sie zielt wohl eher auf marxistische Pose weiter unten, aber sie passt auf sämtliche kommunistische Machthaber, von Lenin bis zu Gierek.

Rechts: Dieses Bild hatte «Magyar Szó», Novi Sad, zum UdSSR-Einmarsch in die CSSR gebracht. Es passt auch zu den polnischen Ereignissen.



Lateinamerikanische Uebersicht

Legenden über «links» und «rechts»

Von Alphonse Max

Aus Chile wurde ein Attentatsversuch auf Präsident Allende gemeldet. Kaum hatte die Polizei die Sprengstoffbehälter gefunden, wusste sie schon, dass sie von «Rechtskreisen» angebracht worden waren. Das ist um so bemerkenswerter, als der einzige gewaltsame Widerstand gegenüber dem neuen Regime, der seit Allendes Machtantritt bemerkbar wurde, von der anarchistischen Linken herrührte, die sich den Forderungen der moskaufreundlichen KP nicht unterstellen wollte (siehe die beiden letzten «lateinamerikanischen Uebersichten»). Die bürgerlichen Kreise dagegen verhielten sich total eingeschüchert und waren nur darauf bedacht, dem Regime möglichst keinen Anlass zu einer Liquidierungskampagne zu geben. Cui bono? Wem nützt dieser missratene Anschlag? Einen Putschversuch meldete auch Bolivien. An der Authentizität ist aber kaum zu zweifeln, denn die Lage ist dort so putschträchtig, dass man sie «revolutionär» nennen würde, wenn das Regime nicht «die Rechte» dafür verantwortlich machen könnte. Die Dialektik von «rechts» und «links» gehört überhaupt zu den interessanten Dingen im Kontinent.

Wird die Linksdiktatur wirklich durch die Rechtsdiktatur bedingt?

Man nimmt allgemein als gegeben an, dass es in Lateinamerika die «ultra-rechten» Regimes sind, welche unbeabsichtigt das Entstehen von Linksdiktaturen hervorrufen oder zum mindesten fördern. Indessen zeigt es sich, dass der Weg auch über die nichtkommunistische Linke führen kann, die gegenüber der extremen kommunistischen Linken ihr eigenes Gewicht nicht zu wahren versteht und daher versagt. Und dieser Weg ist für den Kontinent sogar aktueller und unmittelbarer relevanter als die vermeintlich so repräsentative «Antwort auf die Rechtsdiktatur». In Chile war es die demokratisch-linke Regierung des Christlich-Demokraten Frei, die den Weg zur sozialistisch-kommunistischen Koalition bahnte, und nicht ein Rechtsregime, das es in diesem Lande gar nicht gab.

Freilich, was heisst in Lateinamerika «links»? Politisch gesehen stehen hier weder die Arbeiter

(soweit es sich nicht um die Führer der von der KP gesteuerten Gewerkschaften handelt) noch die Landarbeiter oder Bauern links, sondern ein Teil der Akademiker, der Millionäre, des gehobenen Mittelstandes.

Andererseits ergreifen die Führer der nichtkommunistischen Linken, eingeschüchert von den Parolen der extremistischen «Partner», sehr häufig die Flucht nach vorn und verwandeln sich, wenn sie legal an die Regierung gekommen sind, in regelrechte «trojanische Esel». So verhielt es sich 1954 mit Jacobo Arbenz in Guatemala, 1964 mit dem wohlhabenden Goulart in Brasilien und in der neuesten Zeit mit dem chilenischen Millionär Allende.

In Moskau ist man bestens über diese Schwächen der Lateinamerikaner im Bilde. Daher das zweigleisige Vorgehen des Kremles: Einerseits werden beispielsweise der brasilianischen Militärdiktatur grosse Warenkredite (100 000 Dollar) angeboten, und andererseits spezialisiert sich Moskau auf die



Chiles Präsident Allende: Führer oder Geführter?

Organisation, Unterstützung und Leitung von Volksfronten, wie es die Geschehnisse in Chile und nun auch in Uruguay beweisen.

Uruguay: Testfall 1971 für die nichtkommunistische Linke

In Chile hat die nach der Sowjetunion orientierte Volksfront unter der formellen Führung

Menetekel Polen

(Fortsetzung von Seite 7)
(Fortsetzung von Seite 7)

gen werde. Jugoslawische Marxisten hingegen bestreiten dem Sowjetkommunismus jedes Recht, sich sozialistisch zu nennen. Für sie ist der Sowjetkommunismus keine Entartung des Sozialismus, sondern überhaupt kein Sozialismus.

Für Mao wiederum ist der heutige Sowjetkommunismus ein Revisionismus zur Wiederherstellung des Kapitalismus. In einer Stellungnahme zu den Ereignissen in Polen schrieb die Pekinger «Renmin Ribao», der erzwungene Rücktritt Gomułkas beweise, «dass die Kolonialherrschaft des sowjetrevisionistischen Sozialimperialismus in Osteuropa in eine Krise geraten» sei. Die Streiks und Demonstrationen der polnischen Arbeiter seien eine Folge der «Restauration des Kapitalismus» und des Verrats an den nationalen Interessen Polens (an die Sowjetunion). Der Aufstand der Arbeiter sei «mit blutigen faschistischen Mitteln» niedergeschlagen worden, aber «ganz wie die Tschechoslowakei und gewisse andere osteuropäische Länder ist Polen ... ein Pulverfass, das jederzeit explodieren kann». Zwar wurde es nicht ausdrücklich gesagt, aber es ist evident, dass Maos Rezept für die Wiederherstellung sozialistischer Verhältnisse im Sowjetbereich — abgesehen von der Forderung nach Liquidation

des sowjetischen Imperialismus — eine osteuropäische Kulturrevolution wäre, die wie in China unter Maos Parole «Das Hauptquartier bombardieren!» den erstarrten Parteiapparat zerschlagen müsste. Freilich wäre damit die Frage nicht gelöst, was an dessen Stelle zu treten hätte, denn die Inthronisierung einer charismatischen Führerpersönlichkeit vom Schlage Maos entspräche gewiss nicht den Vorstellungen der osteuropäischen Progressiven von einem demokratischen Sozialismus.

Einer, der allzu lange selbst dem Stalinismus seinen Tribut entrichtet hatte, Jean-Paul Sartre, gelangt heute zu einer radikal pessimistischen Sicht der Situation im Sowjetbereich und entwirft eine Alternative, die eine Mischung aus Mao und Marcuse darstellt. In seinem Vorwort zu Antonin Liehms «Gespräche an der Moldau» bezeichnet Sartre den osteuropäischen «Kommunismus» als eine versteinerte Ordnung, die nicht mehr reformierbar sei. Die einzige Chance sieht er in einer Revolution der osteuropäischen Völker, die «das Ding» auf den Misthaufen der Geschichte werfen und die sich an einer Art «grossen Weigerung» entzündend würde.

Aber diese Spekulationen auf eine zweite Revolution erscheinen als ebenso illusionär wie diejenigen auf eine notwendige dialektische Weiterentwicklung in Richtung auf einen «echten» So-

zialismus. Zweifellos bleibt die Zeit auch im Osten nicht stehen. Trotz allem hat sich auch in der Sowjetunion seit den Tagen Stalins manches gewandelt. Aber die Sowjetunion, die wohl noch auf lange Zeit das Schicksal Osteuropas bestimmen wird, ist dank Russlands mächtig nachwirkender byzantinisch-zaristischer Tradition denkbar ungeeignet, demokratische Reformen durchzuführen, die die Bedingungen politischer Mündigkeit und eines Sozialismus schaffen würden, der diesen Namen verdient. Vieles spricht deshalb dafür, dass der Osten sich weniger in Richtung auf demokratische Selbstverwaltung als vielmehr in Richtung auf eine die Parteiherrschaft zum Teil ablösende Technokratie entwickeln wird. Ob das nicht heissen würde, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben, bleibt abzuwarten.

Hier ergeben sich überdies Aussichten auf eine weitere negative Konvergenz der Entwicklungen in West und Ost. Wobei wir im Westen insofern immer noch in einer günstigeren Position sind, als wir zumindest die Möglichkeit haben — oder hätten —, uns gegen eine fortschreitende Technokratisierung zu wehren, die bei uns jene Demokratie zerstören würde, die sie im Osten gar nicht erst aufkommen liesse.

(«National-Zeitung», Nr. 20/1971, mit Genehmigung des Verfassers.)